LEITARTIKEL

Die Schulen im Land

Das überforderte System

Von Thomas Steiner

Die Bildungstests zeigen es seit Jahren in Serie: Es gibt große Probleme an den Schulen. Jetzt gerade haben die alljährlichen Vera-Tests (abgekürzt aus Vergleichsarbeiten) wieder erwiesen, dass in den dritten Klassen ein Viertel der Kinder große Rückstände in Deutsch haben, gemessen daran, was sie bis zum Übergang in die weiterführende Schule können müssen.

Gleich danach wurde der „Lernstand 5“ veröffentlicht, der in eben den weiterführenden Schulen im Frühjahr erhoben wurde. Während von den Fünftklässlern der Gymnasien in Deutsch 53 Prozent und in Mathe 39 Prozent die höchste Leistungsstufe von vier erreichen, stehen auf den Werkrealschulen 57 und 31 Prozent auf der jeweils untersten Stufe.

Die Unterschiede im Bildungserfolg sind weiterhin eklatant. Dass hier ein Hauptproblem des Schulwesens liegt, ist klar. Ebenso, dass es in der Schule nicht gelöst werden kann. Sprachliche Kompetenz wird dort vorausgesetzt. Wer lernen will, muss Deutsch schon können. Das ist für Kinder mit anderen Familiensprachen schwierig. Und es hat Folgen: Im neuen BaWü-Check der Tageszeitungen berichten 48 Prozent der Eltern von schulpflichtigen Kindern, dass an den Schulen ihrer Kinder der Unterricht durch Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen erschwert wird.

Deshalb ist es ganz richtig, dass das Land verpflichtende Sprachförderung in den Kitas und Juniorklassen vor dem Eintritt in Klasse 1 in den Grundschulen einrichten wird. Es muss alles getan werden, um das System Schule nicht länger zu überfordern und am Laufen zu halten. Auch mit flankierenden Maßnahmen neben dem Normalbetrieb wie Sprachförderkursen in Klasse 3 und 4, mit herkunftssprachlichen Lernkursen und vermehrter Elternarbeit. Dass das alles kostet und erst langsam aufwächst in den kommenden Jahren, ändert nichts an der richtigen Richtung.

Vieles Wichtige müssen die Kinder in die Schule schon mitbringen

Werden sich Erfolge zeigen – in einigen Jahren wohlgemerkt –, wird sich wohl auch das Urteil über die Schulpolitik im Land ändern, das laut BaWü-Check bei einer Mehrheit negativ ausfällt.

Welche Probleme das System Schule hat, wissen Bürgerinnen und Bürger laut der Umfrage genau. Sie hat aber noch etwas gezeigt: Die Erwartungen an die Schule sind groß. Dass sie eben die Kernkompetenzen von Deutsch und Mathe (dazu Englisch und Allgemeinbildung) vermitteln soll, steht weit oben auf der Liste. Die anderen Punkte dort aber sind keine Wissensinhalte.

Disziplin, Toleranz und Selbstbewusstsein sollen vermittelt werden, das halten jeweils rund 60 Prozent der Befragten für besonders wichtig. Medien- und Internetkompetenz, gesunde Ernährung, Sport, Klimabewusstsein und politisches Verständnis rangieren noch vor naturwissenschaftlichen Kenntnissen. Man kann es so zusammenfassen: Kompetenzen im Umgang mit anderen, mit sich selbst und der Umwelt sollen Lerninhalte sein. Oder man kann es so sagen: Alles, woran es Kindern und Jugendlichen – ob vermeintlich oder tatsächlich – mangelt, soll vermittelt werden. Heißt das nicht, das System Schule zu überfordern?

Einerseits gilt auch hier: Wesentliches müssen die Kinder mitbringen. Aus der Familie vor allem. Lehrer können nur begrenzt Ersatzerzieher sein. Andererseits könnte man das System aus- und umbauen. Schulen aus einem Ort der Wissensvermittlung weiterzuentwickeln zu Orten des sozialen Lernens, dafür gibt es längst Konzepte. Und mancherorts sind sie auch schon umgesetzt. Für einen flächendeckenden Umbau bräuchte es allerdings den allgemeinen Willen zu guter Gemeinschafts- und Ganztagsschule. Solange der nicht vorhanden ist, sind große Erwartungen an die Schule illusorisch.

Aber es müssen ja auch erst einmal die drängenden Probleme bei den Basisfähigkeiten gelöst werden.

▶ steiner@badische-zeitung.de

Noch ein Abwehrsystem beim Nato-Gipfel ■ Karikatur von Heiko Sakurai

Das Ablenkungsmanöver

Plötzlich werden die Wehrdienst-Pläne von Boris Pistorius zum Streitfall. Soll das nur den Etatstreit übertünchen?

Von Thomas Fricker

Geht nun das Hickhack wieder los? Eben startete der FDP-Vorsitzende und Finanzminister Christian Lindner, flankiert von Justizminister Marco Buschmann, einen Frontalangriff auf die Wehrdienstpläne seines Kabinettskollegen Boris Pistorius. Und der Verteidigungsminister keilte prompt zurück. „Aufsatzthema verfehlt, setzen, sechs.“

An Pistorius' Reformplänen selbst kann sich der Krach kaum entzündet haben. Als der Sozialdemokrat Mitte Juni sein Vorhaben präsentierte, der Bundeswehr mittels eines weitgehend auf Freiwilligkeit beruhenden Wehrdienstmodells mittelfristig pro Jahr ein paar tausend zusätzliche Soldaten zuzuführen, war Ampel-Partner Lindner noch wohlmeinend gewesen. „Der Vorschlag von Boris Pistorius geht nun in die richtige Richtung“, hatte Lindner seinerzeit auf der Plattform X gepostet. Weder hat Pistorius seine Pläne seither geändert noch wurden diese konkretisiert. „Grundsätzlich ist das Modell zum 'Neuen Wehrdienst' als Vorschlag zu verstehen, auf dessen Grundlage sich aktuell und in den nächsten Wochen weitere politische Beratungen anschließen müssen“, teilte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums am Mittwoch auf Anfrage mit.

Was hat sich dann seit Mitte Juni verändert? Offenkundig ist das Klima in der Koalition noch schlechter, die Profilierungsnöte der Partner noch größer geworden – und das trotz der jüngst präsentierten Grundsatzeinigung über den Bundesetat. Oder soll man sagen: wegen?

Tatsächlich kristallisiert sich jeden Tag klarer heraus, dass die Phrase „im Grundsatz einig“ mit Blick auf die Ampel sinnvoll nur mit „inhaltlich weiter auseinander“ übersetzt werden kann. In fast jedem Politikfeld wurden zugunsten der Botschaft, wonach SPD, FDP und Grüne weiterregieren wollen, Konflikte übertüncht, Etatlöcher ignoriert oder krumme Kalkulationen so lange geradegebogen, bis sie halbwegs in eine Erfolgsmeldung passten.

Der Verteidigungsminister geriet im Etatschacher besonders böse unter die Räder. Der Kanzler vermittelte eher nicht den Eindruck, er sei darüber bekümmert. Pistorius gilt als Konkurrent im Kampf um die nächste Kanzlerkandidatur. Da kann aus Sicht von Olaf Scholz ein Dämpfer womöglich nicht schaden.

Lindner und die FDP wiederum war die Schuldenbremse wichtiger als eine vernünftige Ausstattung der Bundeswehr. Daran erinnert werden möchten die Liberalen aber lieber nicht. Die Eröffnung einer neuen Debattenfront taugt da als Ablenkungsmanöver. Und was eignete sich dafür besser als ein emotionales Thema wie die Wehrpflicht, besonders dann, wenn die Pläne selbst diffus und deshalb fast beliebig interpretierbar sind? Die FDP tut jetzt so, als müsse sie das Wohl der Volkswirtschaft und die individuelle Freiheit der nachwachsenden Generation gegen Kommisskopf Pistorius verteidigen. Eine groteske Überzeichnung. Wenn, dann reichen Pistorius' Pläne nicht zu weit, sondern springen zu kurz. Aber für fachliche Überlegungen fehlt in der Ampel den meisten die Zeit.

▶ fricker@badische-zeitung. de

Neuer Ampel-Zoff um das Lieferkettengesetz

Die Bundesregierung hat zum Wohle heimischer Unternehmen vereinbart, dass diese die Arbeit ihrer Zuliefererbetriebe doch nicht so streng überprüfen müssen. Einige Grünen-Abgeordnete sehen es anders.

Von Hannes Koch

Die Spitzen der Bundesregierung haben beschlossen, das Lieferkettengesetz aufzuweichen. Von Anfang des kommenden Jahres an müsse nur noch ein Drittel der bisher erfassten Unternehmen das Gesetz erfüllen, erklärte Bundesfinanzminister und FDP-Chef Christian Lindner, als die Koalition am vergangenen Freitag ihren Kompromiss zum Bundeshaushalt 2025 präsentierte. Doch diese Abmachung wird nicht überall in der Regierungskoalition akzeptiert: Denn Teile der Grünen-Bundestagsfraktion wollen verhindern, dass das Lieferkettengesetz wie von Lindner skizziert verwässert wird.

Zum Hintergrund: Hierzulande tätige Firmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten müssen sich neuerdings darum kümmern, dass ihre Lieferanten in aller Welt die grundlegenden sozialen und ökologischen Menschenrechte der Beschäftigten gewährleisten. Große Wirtschaftsorganisationen wie der Bundesverband der Deutschen Industrie sowie viele Politiker von Union und FDP bekämpfen das Gesetz seit Jahren ebenso wie die vergleichbare Lieferkettenrichtlinie der Europäischen Union, die noch nicht in Kraft ist.

Die Ende der vergangenen Woche im Rahmen der Verhandlungen für den Bundesetat 2025 gefundene Einigung zwischen Lindner, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sieht vor, die EU-Richtlinie „noch in dieser Legislaturperiode“ in deutsches Recht zu übertragen, wodurch das hiesige, bereits gültige Lieferkettengesetz vorübergehend entschärft würde.

„Ich erwarte, dass Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Anpassung des Geltungsbereiches nun schnell vornimmt“, erklärte Carl-Julius Cronenberg, der zuständige Abgeordnete der FDP.

Konkret könnte das bedeuten, dass beispielsweise vom 1. Januar 2025 an nur noch Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten das hiesige Lieferkettengesetz einhalten müssten. Anfang 2028 sänke diese Grenze auf 3.000 Arbeitnehmer, Neujahr 2029 auf 1.000. Dann wäre wieder die Beschäftigtenzahl erreicht, die jetzt schon gilt. Allerdings fielen auch dann noch weniger Firmen unter das Gesetz als heute, weil die EU-Richtlinie zusätzlich eine Untergrenze beim Umsatz von 450 Millionen Euro nennt.

Wie genau die Koalition die Zahl der erfassten Firmen schnell auf ein Drittel reduzieren will, ist allerdings unklar. Im Beschlusspapier steht dazu nichts. Das federführende Bundesarbeitsministerium von Heil und das Wirtschaftsministerium von Habeck wollten sich nicht dazu äußern.

Momentan trifft der Beschluss der Koalitionsspitzen zumindest auf Ablehnung von Teilen der grünen Bundestagsfraktion. Deren zuständiger Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn sagte: „Uns ist wichtig, dass auch nach der Umsetzung der Richtlinie die Gruppe der Unternehmen, die sorgfaltspflichtig sind, nicht eingeschränkt wird, der sogenannte ‚Anwendungsbereich' also unverändert bleibt.“

Die Regierung will Firmen bei der Dokumentation entlasten

Das heißt, dass die Zahl der erfassten Unternehmen nach Vorstellung des zuständigen Grünen-Politikers nicht sinken solle. Er habe die Unterstützung von weiteren grünen Abgeordneten, betonte Strengmann-Kuhn. Mit der Logik der Spitzenentscheidung ist diese Position nicht zu vereinbaren.

„Wir kritisieren die angekündigte Einschränkung des deutschen Gesetzes auf nur noch ein Drittel der betroffenen Unternehmen“, erklärte auch die Initiative Lieferkettengesetz, ein Zusammenschluss von Bürgerrechtsgruppen, Entwicklungshilfeorganisationen und Gewerkschaften. „Bestehende nationale Schutzstandards aus dem deutschen Gesetz dürfen nicht abgesenkt werden.“

Als weitere Erleichterung für die Firmen im Vergleich zum gegenwärtigen Gesetz plant die Regierung, die Pflicht zur Dokumentation vorläufig auszusetzen. Im Verlauf diesen Jahres müssten die Unternehmen dann keine Berichte mehr darüber abgeben, wie sie das Lieferkettengesetz umsetzen.

Dem Bundesamt für Wirtschaft dürfte es deshalb schwerer fallen, die Aktivitäten der Unternehmen zu überprüfen.

Vom Jahresbeginn 2025 an sollen dann nicht mehr die Berichtspflichten des deutschen Gesetzes, sondern die der europäischen Richtlinie für Berichterstattung über Nachhaltigkeit gelten (CSRD). Die Regierung will so den Unternehmen die Mühe ersparen, jeweils zwei ähnliche Berichte abzugeben.

Außerdem peilen die Koalitionsspitzen Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen an. Diese haben zwar oft weniger Personal als die Beschäftigten-Untergrenzen des Gesetzes, sind also nicht direkt betroffen. Trotzdem versuchen große Auftraggeber ihre Sorgfaltspflichten an kleinere Lieferanten weiterzureichen. Dem will die Regierung einen Riegel vorschieben.

PRESSESTIMMEN

Fragwürdiger Kurs

„De Volkskrant“ (Amsterdam) zur Allianz der radikal-rechten niederländischen Regierungspartei PVV mit Orban im EU-Parlament:

„Das Bündnis mit Orban untergräbt nicht nur die ohnehin geringe Glaubwürdigkeit der PVV. Es ist auch ein politisches Problem für ihre Partner in der niederländischen Koalitionsregierung (...), die erklärtermaßen einen konstruktiven proeuropäischen Kurs verfolgen wollen. Die PVV sagt zwar, sie werde die Ukraine weiterhin unterstützen, (...) aber wie glaubwürdig und belastbar ist ein solches Versprechen, wenn die Partei gleichzeitig mit Putins bestem Freund Viktor Orban zusammenarbeitet (...)? Noch schlimmer wird es, wenn die Niederlande bald eine schützende Hand über Orban halten (...).“

Leben in Verleugnung

„Verdens Gang“ (Oslo) zur Debatte um US-Präsident Joe Biden:

„Es scheint, als ob Biden und sein engster Kreis in Verleugnung leben. Biden glaubt immer noch, dass er der Einzige sei, der Trump besiegen und die amerikanische Demokratie retten könne.(...) Umfragen zeigen, dass Trump im Vergleich zu Biden niemals zuvor in einer stärkeren Position war.“

Persönliches Exemplar für bzcampus